Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 104 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 4. Mai 1932

Die „Randstaaten".

In den Raum östlich der deutschen Grenzen, in den man 1919 die neuen Staaten und staatlichen Zwerggebilde hineingestopft hat, zucken die Regierungen und die Völker vor politischer Nervosität, und namentlich die Engländer haben es bitter genug verspürt, daß man im Versailler Diktatfrieden eine ganze Reihe von Pulverfässern längs der Weichsel aufgestellt hat. Man mißtraut sich einander aufs schärfste und hat auch einige Ursache dazu. Denn die Eroberung Wilnas durch die Polen, der Raub des Memellandes durch die Litauer sind ja Ereignisse, die noch gar nicht so lange zurückliegen, vor allem aber in ihren Folgen dafür sorgten, daß in dem Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer eine wirkliche Beruhigung nicht eintreten will und eintreten kann. Irgendwo ist dort immer irgend etwas „los" und der Völkerbund hat genügend damit zu tun, „Fragen", Beschwerden, Streitigkeiten, Konflikte usw. der Randstaaten untereinander zu behandeln. Noch mehr muß er sich mit deutschen Klagen beschäftigen und — das tut er bekanntlich höchst ungern.

Daß in einem solchem Zustand fortdauernder und verständlicher Nervosität Alarmnachrichten wie Raketen emporschießen, die dieses ganze „Kampffeld" im Osten vor den fast angstvoll spähenden Augen erleuchten sollen, ist dort zu einem fast alltäglichen Geschehen geworden. Daran ändert die ebenso selbstverständliche Tatsache nichts, daß solche Putschabsichten, wie sie von drei großen englischen Zeitungen gemeldet wurden, und die einen bevorstehenden Gewaltstreich Polens gegen Danzig zum Inhalt hatten, natürlich sofort und energisch von der Warschauer Regierung dementiert worden sind. Aber ob richtig oder falsch — die ganze Atmosphäre ist derart mit Panik und Nervosität geladen, daß bei den Bedrohten oder sich für bedroht Haltenden ein Dementi der Gegenseite sehr selten Glauben findet.

Denn zu oft und zu laut hat der polnische Nationalismus unverantwortlicher, aber morgen vielleicht mit der Verantwortung betrauter Kreise die Existenz des Freistaates Danzig als einen Schönheitsfleck im Versailler Diktat bezeichnet und die Einverleibung dieses rein deutschen Gebietes in Polen verlangt. Drohungen jeder Art gegen den Freistaat sind an der Tagesordnung und haben in der letzten Zeit eine bedenkliche Verschärfung des an sich schon überaus rauhen Tones erfahren. Auch aus englischen Quellen stammen Mitteilungen, die von einer auffallenden Verstärkung der polnischen Truppenkörper längs unserer Ostgrenze und im Korridor sprachen und sogar die einzelnen, neu herangezogenen Truppenteile ganz genau angaben. Natürlich stellte sich dann flugs das landesübliche Dementi ein. Und nun tauchten die Putschgerüchte und Putschgeschichten in drei der größten englischen Zeitungen auf und vollführen trotz allseitiger Dementis einen nicht unbeträchtlichen Lärm. Man hält eben im Osten nachgerade alles für möglich und hat ja auch schon alles nur mögliche durchmachen müssen. Es kommt eins zum andern.

Mit zäher Energie hat der Freistaat Danzig die sogenannte Unabhängigkeit verteidigt, die ihm mit dem Versailler Diktat noch gnädigst verstattet wurde. Es wogt aber um mehr als um diese Unabhängigkeit: Er kämpft um die Erhaltung seines Deutschtums. Aber wirtschaftspolitisch ist Danzig von Polen schmerzhaft abhängig, und es genügt schon, den Namen der polnischen Hafenstadt Gdingen auszusprechen, um zu zeigen, daß die allmähliche wirtschaftliche Erwürgung Danzigs das Ziel der polnischen Politik ist. Mit dem jetzigen Generalkommissar des Völkerbundes, dem Grafen Gravina, ist an die Stelle des holländischen Vorgängers ein Mann mit der Sorge für die Danziger Rechtserhaltung beauftragt worden, dem man im Freistaat doch ein größeres Vertrauen entgegenbringt. Aber auch er kann ja an den wirklichen Zuständen wenig oder gar nichts ändern: sie sind diktiert worden in Versailles, und damals hat man eben die Balkanisierung Europas bis zur Weichsel und zur Ostsee hin angeordnet.

Reichspräsidentenwahl für gültig erklärt.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag kam nach zweistündiger Beratung zu folgendem Urteil:

Die am 10. April 1932 vollzogene Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten ist gültig.

In der Begründung des Urteils

heißt es u. a.: Das Wahlprüfungsgericht ist bei Beurteilung der zahlreichen Einzelbeschwerden der Auffassung des Reichsbeauftragten beigetreten, wonach diese zum weitaus größten Teil unbegründet sind und auch die wenigen als begründet anzuerkennenden Beschwerden das Wahlergebnis in keiner Weise beeinflussen.

Im Hinblick auf den großen Vorsprung, den bei der jetzigen Wahl der Generalfeldmarschall von Hindenburg vor dem nächsten Wahlbewerber, Adolf Hitler, erzielt hat, nämlich, dem Vorsprung von nahezu sechs Millionen Stimmen, muß auch dann, wenn die beanstandeten Vorkommnisse in ihrem vollen Umfang bewiesen würden, nach der Überzeugung des Wahlprüfungsgerichts festgestellt werden, daß dadurch das Wahlergebnis nicht in Frage gestellt werden kann.

Krise in der Reichsregierung

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers.

Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett.

In der politischen Öffentlichkeit waren in den letzten Tagen Gerüchte über eine Krise verbreitet, von der die Reichsregierung betroffen sein sollte. Diese Gerüchte haben jetzt insofern ihre Bestätigung gefunden, als Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, der bei der letzten Umbildung der Reichsregierung in das Reichskabinett als Fachminister eingetreten war, nunmehr aus seinem Amte scheidet. Der Posten des Reichswirtschaftsministers dürfte also schon in allernächster Zeit mit einem neuen Mann besetzt werden. Die größte Aussicht, Warmbolds Nachfolger zu werden, hat Dr. Trendelenburg, der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, der vor Warmbolds Ernennung zum Minister schon mehrere Monate hindurch das Reichswirtschaftsministerium leitete. Ferner wird als zukünftiger Reichswirtschaftsminister auch der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, genannt, der durch seine Tätigkeit als Reichspreiskommissar in letzter Zeit weiten Kreisen bekannt geworden ist.

Reichswirtschaftsminister Warmbold.

Es war in den letzten Tagen schon aufgefallen, daß Dr. Warmbold nicht an den Sitzungen des Reichskabinetts teilgenommen hat. Offiziell wurde diese Nichtteilnahme damit begründet, daß die Reichsregierung sich nur mit den Verhandlungen in Genf befaßt habe, wobei die Anwesenheit Warmbolds nicht unbedingt notendig gewesen sei. Diese offiziöse Darstellung scheint aber nur der Versuch gewesen zu sein, die Zwistigkeiten innerhalb der Reichsregierung zu überbrücken, ohne daß dies jedoch mit Erfolg gelungen wäre, denn Warmbolds Rücktritt steht unbedingt fest. Der Grund für diesen Rücktritt ist hauptsächlich auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts zurückzuführen, da sich der Reichswirtschaftsminister mit der hauptsächlich vom Reichsarbeitsminister befürworteten Einführung der 40-Stunden-Woche nicht einverstanden erklären kann. Auch wegen der beabsichtigten Prämien-Anleihe zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungs-Programms sollen Differenzen zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und den übrigen Reichsministern bestehen.

Nach englischen Blättermeldungen sollte der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold

das Signal für den Sturz des gesamten Kabinetts Brüning

abgeben. Diese Blätter wollten wissen, daß an Stelle der Regierung Brüning ein Rechts- oder Militärkabinett gebildet werden sollte, für das sich besonders die Generäle von Schleicher und von Hammerstein einsetzen sollten. Auch der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, sollte sich nach diesen Meldungen um die Beseitigung Brünings besonders bemüht haben. Diese Nachrichten scheinen indessen nicht den Tatsachen zu entsprechen. Denn wie von unterrichteter Seite erklärt wird, ist bei einem

Empfang des Reichskanzlers Dr. Brüning durch den Reichspräsidenten

völlige Übereinstimmung zwischen beiden über die innen- und außenpolitischen Fragen erzielt worden. Alle gegenteiligen Gerüchte seien — so wird von amtlicher Seite betont — unzutreffend. Vor dem Empfang des Reichskanzlers durch Hindenburg hielt das Reichskabinett eine Sitzung ab, in der Dr. Brüning über seine Besprechungen in Genf ausführlich Bericht erstattete. Nach der Aussprache, die sich dem Bericht anschloß, wurden die Beratungen über den Reichshaushalt in Angriff genommen. Am Ende dieser Woche wird sich das Reichskabinett mit der Behandlung der Wehrverbände aller Richtungen, mit der Arbeitszeitverkürzung, dem Aufbau der Siedlungen und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigen. Unter anderem hat sich das Reichskabinett auch bereits

mit dem SA.-Verbot

befaßt und beschlossen, die betreffende Verordnung so zu ergänzen, daß sie paritätisch auf alle gleichartigen Organisationen anzuwenden ist. Es ist beabsichtigt, eine Aufsichtsbehörde dafür zu bestimmen, die die Satzungen nachprüfen und nötigenfalls Abänderung verlangen soll. Die Verordnung dürfte sehr bald herauskommen. Es ist anzunehmen, daß nach dieser neuen Verordnung der NSDAP. die Möglichkeit gegeben ist, wieder Sonderformationen zu bilden, die aber keinen militärähnlichen Charakter haben dürfen.

*

Unterredung Brüning-Warmbold.

Berlin. Nach dem Vortrag beim Reichspräsidenten hatte Reichskanzler Brüning eine längere Unterredung mit Reichswirtschaftsminister Warmbold. Über den Verlauf der Unterredung wurde nichts bekanntgegeben.

*

Rücktritt Warmbolds hat keine politischen Folgen für das Gesamtkabinett — sagt die Germania.

Berlin, 3. Mai. Zum Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold schreibt die „Germania" unter anderem: „Der Rücktritt Warmbolds ist ein isolierter Vorgang, der die innerpolitische Lage in keiner Weise berührt. Weder ist er von ihr hervorgerufen, noch wird er irgendwelche Rückwirkungen auf sie auslösen. Wichtig ist nur, daß diese lokale Krise so schnell als möglich beendet und dem Reichskabinett seine volle Aktionsfähigkeit wiedergegeben wird. Die Arbeiten des Kabinetts, die uns über wichtige gesetzgeberische Maßnahmen und parlamentarische Entscheidungen sehr schnell nach Lausanne führen, vertragen keine Unterbrechung und keine Störung. Diese Tatsachen sind so zwingend, daß sich alle politischen Kombinationen, die an den Rücktritt Warmbolds etwa geknüpft werden sollten, ganz von selbst erledigen.

*

Die Nationalsozialisten wollen mitregieren

Dr. Frick über die Frage der Regierungsbildung.

Unter der Überschrift „Was nun?" befaßt sich im Völkischen Beobachter der nationalsozialistische Führer Dr. Frick mit der Lage und schreibt, die NSDAP. sei entschlossen, in die Länderregierungen einzutreten. In Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg werde sich überall unter maßgebender nationalsozialistischer Beteiligung eine Regierung bilden lassen, wenn es den bürgerlichen Koalitionspartnern mit der Bekämpfung des Marxismus wirklich ernst sei. Schwieriger lägen die Dinge in Preußen. Preußens Schicksal sei deutsches Schicksal. Es müßte zu unhaltbaren Zuständen führen, wenn das Zentrum in Preußen mit den Nationalsozialisten zusammen eine Regierung bilden würde, im Reiche aber nach wie vor von Gnaden der Sozialdemokraten regieren wollte. Nur gleichgerichtete Regierungen im Reiche und in Preußen gewährleisteten eine fruchtbare Zusammenarbeit. Dazu bedürfe es zunächst der Auflösung des Reichstages. Deutschland gehe schweren Zeiten entgegen.

Vom reinen Parteistandpunkt aus bestehe für die NSDAP. gewiß kein Anlaß, gerade in diesem Zeitpunkt durch ihren Eintritt in die Regierungen in Preußen und dem Reiche die bisherigen Systemträger irgendwie zu entlasten. Entschließe sie sich trotzdem zur Übernahme der Verantwortung, so könne das nicht geschehen mit von vornherein unzulänglichen Mitteln, sondern nur gestützt auf eine Machtstellung, die der Größe und Schwere der Aufgabe entspreche.

*

Zwei neue Verordnungen.

Nationalsozialistische Formationen wieder möglich?

Berlin. Man rechnet jetzt damit, daß Mittwoch nachmittag bereits die angekündigte Notverordnung über die gleichmäßige Behandlung der sogenannten Wehrverbände verkündet werden wird. Gleichzeitig mit der Notverordnung sollen auch die dazu gehörenden Ausführungsbestimmungen veröffentlicht werden. Die Notverordnung wird, wie schon früher angekündigt, vor allem auf der Grundlage beruhen, daß militärähnliche Organisationen verboten bleiben und daß Sondervereinigungen, die sich im Zusammenhang mit politischen Parteien bilden, der Reichsaufsicht unterstellt werden. Soweit die bisher bereits bestehenden Organisationen in Betracht kommen, wird es sich um eine Nachprüfung der vorhandenen Satzungen und

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF